

Monatlich
durch Boten 3,50 Mk.
durch die Post 3,70 Mk.

Derzeit täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Preis und Verlag
von Dr. Chr. Sommer,
Bad Godesberg und Diez.

Diezer Zeitung

(Kreis-Anzeiger.)

(Lohn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

Preis der Anzeigen:
Die auf halbe Seite 60 Pf.
Am Ende der Woche 80 Pf.
Reklametteile 2,50 Pf.

Ausgabestelle:
Diez, Rosenstraße 34.
Fernsprecher Nr. 17.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Karl Breidenbach, Eintr.

Verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 175

Diez, Donnerstag, den 5. August 1920

26. Jahrgang

Deutscher Reichstag.

Perlin, 5. Aug.

Präsident Ebert teilt zu Beginn der Verhandlungen mit, es bestehe keine Aussicht, die Verhandlungen vor Donnerstag dieser Woche zu beenden. (Große Unruhe.)

Im Friedensvertrag ist die Bildung gemischter Schiedsgerichtshöfe zur Entscheidung bestimmter Streitigkeiten vorgesehen, die bei der Regelung privater Rechte von Angehörigen der früheren feindlichen Staaten entstehen.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Gleichfalls in allen drei Lesungen angenommen wird ein Gesetzentwurf, der in der Verordnung über die Lohnpfändungen vom 25. Juni 1919 sämtliche Lohnpfändungsgrenzen um 100 Prozent erhöht.

Arbeiter besonders anwenden wird, betreffen die Leipziger Vorgänge.

Reichsminister des Innern Dr. Koch: In Bitten ist die Sicherheitswehr wegen der Lebensmittelmängel eingeschränkt. Darauf hat die Menge die öffentliche Gewalt an sich gerissen. Ich glaube übrigens von allen Nachricht über beabsichtigte Putzschüsse von rechts und von links, die an mich herantreten, höchstens ein Zehntel. Die eidesstattlichen Versicherungen haben wir ausdrücklich beschränkt auf das Vorhandensein von Waffensiegeln und auf Waffensicherungen. Jenen kommen wir nicht anders auf die Spur. Es ist das auch das unblutige und beste Mittel.

Abg. Klemme (U.): Unsere Stellung entspricht nicht dem Widerspruch gegen die Entwaffnung an sich, sondern dem Miströuen gegen die Absichten der Regierung, die auf die Entwaffnung der Arbeiter ausgeht, aber keine Anstalten macht, die Vorgangsweise zu entwaffnen. Das Gesetz soll nur den weißen Terror vorbereiten. Das die Einwohnern und die Zeitfreiwilligen bestehen bleiben zeigt am besten, wohin die Wege gehen.

Damit schließt die Debatte. Ein Antrag der Sozialdemokratie, im § 1 die Worte einzufügen, daß nur die Reichswehr und die Berufsfeuerwehr von der Ablieferungspflicht ihrer Waffen befreit sind, wird abgelehnt. Dagegen wird ein Kompromißantrag der Reichsparteien angenommen, welcher dem Reichskommissar das Recht gibt, festzusetzen, welche militärischen und polizeilichen Organisationen von der Ablieferungspflicht ausgenommen sind. Ein Kompromißantrag der Reichsparteien will einen § 6 her einfügen, wonach dem Reichskommissar ein parlamentarischer Beirat von 15 Personen beigegeben wird, dessen Einverständnis zu grundlegenden Ausführungsbestimmungen einzuholen ist. Soweit solches in dringenden Fällen untunlich ist, hat der Reichskommissar selbständig erlassene grundlegenden Ausführungsbestimmungen dem Beirat alsbald vorzulegen. Die Reichssozialdemokratie beantragte eine andere Fassung, deren wichtigste Änderung dahin geht, daß der Reichskommissar selbständig erlassene grundlegenden Ausführungsbestimmungen dem Beirat „zur Genehmigung“ vorzulegen hat.

Der Kompromißantrag wird unverändert angenommen.

In § 7 wird die Befugnis des Reichskommissars zur Aufhebung des Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprecheinverständnisses einstimmig bestätigt. § 9 des Entwurfs bestimmt, daß sich der Reichskommissar besondere Organisationen zur Durchführung seiner Aufgaben schaffen kann. Außerdem kann er die Abgabe eidesstattlicher Versicherungen über den Besitz von Militärwaffen verlangen. In den Ausschussberatungen wurden die eidesstattlichen Versicherungen nur „über Waffensicherungen und über den Besitz oder Verstecken von Waffen unter Munitionslagern“ zu setzen. Ein sozialdemokratischer Antrag fordert, daß die Organisationen, die zur Entwaffnung geschaffen werden, nicht bewaffnet und aus allen Schichten der Bevölkerung zusammenzusetzen sein sollen. Im Verlauf der weiteren Diskussion bekräftigte der Reichskommissar die Forderung, daß diese Organisationen im Interesse der reibungslosen Durchführung des gesamten Entwaffnungsgesetzes.

Reichsminister des Innern Dr. Koch erklärte, daß es der Regierung völlig unbedenklich erscheine, die geforderten Organisationen aus allen Schichten der Bevölkerung zusammenzusetzen, nicht aber könne sie damit einverstanden sein, daß diese Organisationen unbewaffnet sein sollen, denn sie hätten bei der Durchsetzung nach Waffen unter Umständen erheblichen Widerstand zu gewärtigen. Es gehe nicht an, daß man die mit der Entwaffnung Betrauten ohne Waffen an ihre schwierige Aufgabe herantreten lasse.

In der Folge entspann sich eine lebhaft Diskussion über die Haltung der unabhängigen Partei bei den Ausschussberatungen und ihre zunehmende Stellungnahme gegenüber dem Gesetzentwurf im Plenum. Von den verschiedenen Parteien wird dabei gegenüber den Unabhängigen der Vorwurf erhoben, daß sie ihre Haltung gegenüber den Ausschussberatungen geändert hätten. In lebhaft erregter Debatte wird dieser Vorwurf von verschiedenen unabhängigen Rednern zurückgewiesen. Schließlich kam ein Schlussantrag zur Annahme.

Bei der folgenden Abstimmung über § 9 wird die Bestimmung, daß die Organisationen zur „Entwaffnung aus allen Schichten der Bevölkerung zusammenzusetzen“ sein sollen, angenommen, dagegen die Forderung auf Nichtbewaffnung abgelehnt. Der Passus, der von der eidesstattlichen Versicherung handelt, bleibt jedoch bestehen. In der Gesamtstimmung wird aber der § 6 abgelehnt. Die weiteren §§ 10 bis 14 werden angenommen. Die dritte Lesung des Gesetzentwurfs wird vorerst noch ausgesetzt.

Hierauf tritt das Haus in die dritte Lesung des Entwurfs ein.

Abg. Dr. Helfferich (D. R.): Im Hauptausschuss habe ich unsere Bedenken gegen die heutige Regierungspolitik dargelegt, leider ohne den geringsten Erfolg. Wir verzichten darauf, diese Bedenken jetzt erneut zum Vortrag zu bringen und werden beim Hauptstadat darauf zurückkommen.

Beim Etat des Ministeriums des Innern erklärt Abg. Dr. Rosenfeld (U.): Der Haushaltsausschuss hat eine Entschließung gegen die Einwanderung „fremdländischer Elemente“ insbesondere über die Chinesen vorgelegt. Solche Elemente sollten, soweit sie sich als lästig erweisen, über die Grenze zurückgebracht und erforderlichenfalls interniert werden. Durch polizeiliche Maßnahmen läßt sich nach unserer Ansicht das Problem der Ostwanderung nicht lösen. Als es sich darum handelte, das Hindenburgprogramm durchzu-

führen, waren uns die Osteuropäer willkommene Gäste. Die Ostjuden wollen auch nicht in Deutschland bleiben. Sie warten nur auf Gelegenheit, weiter auszuwandern, besonders nach Amerika. Man sollte lieber gegen die Schieber (wo sitzen denn die Schieber) etwas unternehmen.

Abg. Dr. Kunkel (D. R.): Ich verlange eine Denkschrift über die Ergebnisse der Reichsschulkonferenz, die als ersten Beischlag bezeichnete.

Reichsminister des Innern Dr. Koch erklärt zur Frage der Ostjuden, daß diese Frage weder vom Standpunkt der Parteipolitik noch vom antisemitischen Standpunkt aus behandelt werden dürfe. Aber in einer Zeit, wo es in Deutschland an Nahrungs- und Wohnungsmöglichkeiten in einem Maße wie zurzeit fehle, wo noch die Gefahr der Einschleppung von Seuchen hinzukomme, habe Deutschland alle Veranlassung, nur Einwanderer aufzunehmen, deren Existenz völlig gesichert sei. Die Regierung habe deshalb verlangt, daß die Einwanderer nur mit richtigen Pässen versehen über die Grenze gelangen. Sie muß aber Einwanderer abweisen, die ohne Paß oder auf dem Wege der Versteckung die Grenze zu überschreiten suchen. Versuche, ohne Paß über die Grenze zu kommen, könnten nicht gebuldet werden. Eine Ausnahme für irgend welche Teile, einerseits welcher Nation sie seien, gebe zu großen Bedenken Anlaß. Bei der großen Arbeitslosigkeit, dem Mangel an Nahrung und den schlechten Wohnungsverhältnissen müßte das, was zur Verfügung steht, denen zugute kommen, die bereits in Deutschland sich aufhalten. Man könne nicht sehen, daß unerlaubt über die Grenze gekommen sei, innerhalb dieser Grenze unterhalten. Daß man solche Elemente, die keinen Paß ausüben, interniere, könne man nicht beurteilen. Sie hätten es sich selbst zuzuschreiben, wenn man ihnen gegenüber von dieser Maßregel Gebrauch machen müßte. In seinen weiteren Darlegungen berührte der Minister auch die Frage der Reichsschulkonferenz, von der er nicht glaubt, daß sie ein Beischlag gewesen sei. Sie habe zum mindesten eine Annäherung der Geister auf den verschiedensten Gebieten des Unterrichts und der Erziehung gebracht. Es werde die Aufgabe eines Reichskulturrats sein müssen, in großzügiger Weise an die Lösung der Kulturfragen heranzutreten.

Abg. Dr. Mumm (D. R.): Dr. Rosenfeld hat mit seiner Rede 24 Stunden zu spät gekommen, denn die Entscheidung zur Ostjudenfrage ist gestern in der zweiten Lesung als Ausschussantrag bereits angenommen. Unter die fremdländischen Elemente fallen selbstverständlich die deutschen Palten nicht. Der jüdischen Zuwanderung ist in erster Linie die Wohnungsnot in Berlin zu verdanken. Es liegt aber auch eine erhebliche politische Gefahr in dieser Zuwanderung.

Abg. Kunkel (D. R.): Wir sind keineswegs gleichgültig gegen die Not der eingewanderten Juden. Selbst gute Deutsche jüdischer Kreise empfinden die entsetzenden Verhältnisse als eine Last.

Abg. Dr. Löwenstein (U.): Die böh. ren Schulen sind heute überfüllt von minderbegabten Kindern der vertriebenen Klassen. Nach der Reichsverfassung ist für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule nur seine Anlage und Reife maßgebend, nicht aber die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung oder das religiöse Bekenntnis seiner Eltern.

Abg. Frau Dr. Lüders (D. R.): Das alles über die weltliche Schule muß diesen Verbst alsbald vorgelegt werden, denn eine Klärung ist unbedingt erforderlich. Auf einem Dorfe wurden die Kinder wegen Einschulung einer weltlichen Schule zu einem Demonstrationzug veranlaßt.

Abg. Dr. Freyscheid (U.): Endlich ist Herr Mumm die seinen Wählern versprochenen antisemitischen Rede los geworden. Daß die Demokraten in das gleiche Horn stoßen, wäre zur Zeit Theodor Barths unmöglich gewesen, wo die Demokraten ihren Stolz darin setzen, auch den leisenestungen des Antisemitismus entgegenzutreten. Die Resolution richtet sich ungewisselhaft nur gegen die jüdischen Einwanderer. Auf unseren Antrag hin ist gestern beschlossen worden, eine Statistik über die gesamte Ein- und Auswanderung in Deutschland zu veranlassen. Wir haben keinen Anlaß, für das Judentum eine besondere Range zu brechen.

Abg. Rheinländer (D. R.): Wir wollen kein Reichsschulministerium, sondern nur den Ausbau der Schulabteilung. Die Schulkommission muß den Ländern bleiben. Schülerstreiks verurteilen auch wir.

Staatssekretär Schulz: Die Regierung konnte sich der begabten Schüler noch nicht in der gewünschten Weise annähern. Die Reichsschulkonferenz hat doch in dieser Hinsicht recht gute Resultate erzielt; die Protokolle werden demnächst veröffentlicht werden.

Nach 8 Uhr wird die Weiterberatung des Etats auf Mittwoch 1 Uhr vertagt. Außerdem Interpellationen über die Arbeitslosigkeit und Erwerbslosenfürsorge. Die dritte Lesung der Entwaffnungsvorlage kann infolge des Widerspruchs der unabhängigen Sozialdemokraten erst am Donnerstag vorgenommen werden.

Der zweite deutsche Studententag.

Göttingen, 5. Aug. Seit wie das Volk, das die prächtige Aula des Göttinger Universitäts hat, war auch das Biekerlei der Gruppen und Menschen, die sich dort zu gemeinsamer Arbeit die Hände reichten. Der Nord- und der Süd- deutsche, der Reichs- und der Auslandsdeutsche, der „Bolsche“ und der Sozialist der Priester und der Freigeist der Korporationen- und der Freisinnigen- alle saßen man auf der Rednertribüne sich ab. Was den weitest größten Teil der Versammlung innerlich eintr, war das entschlossene Bekenntnis zum nationalen Gedanken. Keine Parteipolitik, im Gegenteil lebte es der größte Teil der Studentenschaft

mit Entschiedenheit ab, sich in den Jahren des Weltkriegs für Parteizwecke einzusetzen und auf Parteipolitik zu verzichten. Ein Entwurf zur Verfassung der deutschen Studentenschaft war Gegenstand langer ausgiebiger Verhandlungen. Weiter verhandelt wurde eine allgemeine deutsche Ehrenordnung zu dem Zweck, einen sowohl dem Gesetz als auch dem öffentlichen Bewusstsein Genüge tuenden Austrag von Streitigkeiten zu ermöglichen. Bezeichnend für die geistige Höhe der Tagung ist der Umstand, daß die wirtschaftlichen Sorgen und Erwägungen innerhalb der Verhandlungen den geringsten Raum einnahmen. Von dem, was hier teils geschehen, teils geplant ist, sei nur eins hervorgehoben. Eine von der Tübinger Studentenschaft herbeigeführte freiwillige Selbstbesteuerung, die es möglich macht, der drohenden Not des einen von dem Ueberfluß des anderen etwas zuzuführen, ist ein schöner Ausdruck für die Einheitlichkeit des Geistes, zu der sich alle akademischen Bürger in der Bedrängnis dieser Zeit zusammenfinden sollten.

Der Internationale Bergarbeiterkongreß.

Die Vorschläge der einzelnen Abordnungen Genf, 4. Aug. Die Belgier, die sich zu den Tagungsentscheidungen der Bergarbeiterinternationalen, schlugen als Ziele den Achtstundentag (Ein- und Ausfahrt der Grubenarbeiter einbezogen), Mindestlohn, um den Arbeitern und ihren Familien eine in materieller und geistiger Hinsicht normale Existenz zu ermöglichen, und Verstaatlichung aller Bergwerkebetriebe vor, in deren Verwaltungsrat zu gleichen Teilen Vertreter der Bergarbeiter, der Verbraucher, und des Staates sitzen sollten. Bis zur Verstaatlichung der Bergwerke sollten keine Konzessionen an Private erteilt werden. Mittel zur Verstaatlichung der Bergwerke sollten sein: Parlamentarisches Vergehen, Massenfundgebungen, und im Notfall Generalstreik. Die Belgier schlugen weiter den Streik gegen die Nation vor, die einen neuen Krieg unter den Völkern entfesseln würde. Der Bericht der französischen Abordnung beantragte, daß im Interesse der Allgemeinheit die Produktion nach Möglichkeit gesteigert werden müsse, ferner gleiche tägliche Arbeitszeit, für alle Bergarbeiter der ganzen Welt, und zwar acht Stunden von der Einfahrt bis zu der Wiederkunft über Tag, unterbrochen von einer Pause von mindestens 30 Minuten. Für gewisse Arbeiten unter Tage soll die Arbeitszeit in außerordentlichen auf sechs und sogar auf vier Stunden verkürzt werden. Der englische Bericht erwartet einen Fortschritt in der Lage der Bergwerke und der Bergarbeiter nur durch Verstaatlichung und Ausschließung der privatkapitalistischen Betrieh. Ferner soll den Bergleuten eine Verkürzung der Arbeitszeit pro Tag vom 1. Juli 1921 an gewährt werden unter der Voraussetzung, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse dies gestatten. Der Bericht der englischen Bergarbeiter stellt ferner fest, daß die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder größer denn je sei, und daß sie vorwiegend im Laufe dieses Jahres eine Million erreichen werde. Die deutschen Bergarbeiter weisen in ihrem Bericht darauf hin, daß die Bergarbeiterinternationalen sich vor dem Kriege mit der Abwendung der Ueberproduktion zu befassen hatte, während heute die Beseitigung der Kohlennot auf der Tagesordnung steht. Die deutschen Bergarbeiter haben für die Untertragelarbeit die Sechsstundenschicht gefordert, was die Regierung mit dem Hinweis auf die große Kohlennot als unannehmbar bezeichnet und abgelehnt habe. Sie fordern aber, daß die technischen Vorarbeiten für die Sechsstundenschicht getroffen werden. Ferner soll sich die deutsche Regierung mit den Regierungen der anderen Staaten verständigen über die internationale Einschränkung der Sechsstundenschicht. Der Bericht der deutschen Bergarbeiter stellt zum Schluß fest, daß die gewerkschaftliche Organisation der Bergarbeiter Deutschlands außerordentliche Fortschritte mache, und daß die Mitgliederzahl von 101.965 im Jahre 1914 und von 46.450 im Jahre 1916 auf 436.527 im Dezember 1919 angewachsen sei.

Kongreß der Zweiten Internationale.

Die Entschiedenheit zum Völkerverbund.

Genf, 4. Aug. Die Kommission für den Völkerverbund schlägt folgende Entschiedenheit vor:

Der Internationale Sozialistenkongreß stellt fest, daß der Vertrag von Versailles und die Verträge, die ihm gefolgt sind, die Welt in einem Zustand der Unsicherheit und Verunsicherung gelassen haben, in einem viel beunruhigenderen Zustand, als der vor dem Kriege von 1914 war. Dieser Zustand führt zum Weiterbestehen und zum Wachstum des Militarismus mit den

Gefahren eines Krieges, die damit zusammenhängen. Der Friedensvertrag hat eine Organisation des Völkerverbundes geschaffen, die die arbeitenden Massen im Interesse des Friedens nicht mit Feindseligkeit und Gleichgültigkeit behandeln können; aber sie haben die Verpflichtung, die Mängel und die Fehler dieses Völkerverbundes klarzustellen, dessen verdammerungswürdiger die durch Artikel 12 des Vertrags erfolgte Anerkennung des Rechts auf Krieg ist. Der Völkerverbund kann nur eine tatsächliche Sicherung des Friedens sein, wenn er zu einem internationalen demokratischen Organismus wird, zusammenfassend alle Völker, ohne jede Ausnahme. In dem Maße, in dem er sich der seiner demokratischen Verfassung als fähig erweisen, den eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen, die bereits im Völkerkrieg festgelegt wurden, und wenn er die Mittel der Kontrolle und der Sicherung hat, die ihm ermöglichen werden, durch die Schaffung einer internationalen Polizei die allgemeine Entwaffnung aller Völker zu Lande und zu Wasser durchzuführen. Es genügt nicht, daß der Völkerverbund eine demokratische Verfassung hat, vor allem durch die Wahl des ausführenden Rats im Schöße der Versammlung aller Delegierten, es ist außerdem zu wünschen die Ausdehnung seiner Befugnisse hinsichtlich der Verteilung der Rohstoffe, der Transportmittel und auch der finanziellen Kriegskosten, die nicht ohne Ungerechtigkeit zum größten Teil zu Lasten der Nationen bleiben können, die am meisten unter der Last des Krieges gelitten haben. Der Völkerverbund wird, so verbessert und vervollständigt, das natürliche Werkzeug abgeben, für die notwendige Umwandlung des Friedens von Versailles in einen gerechten und dauerhaften Frieden. Festhaltend an den Grundsätzen, der Biedergerutmachung wird er eine gerechte Anordnung ermöglichen in der Art, daß den Völkern Mitteleuropas die Mittel wieder zu erhalten. Er wird die Landesgrenzen, die durch den Friedensvertrag endgültig festgelegt worden sind, durch Grenzen ersetzen, die den freigesprochenen Wünschen der Völker entsprechen. Der Internationale Sozialistenkongreß fordert daher die sozialistischen Parteien der einzelnen Länder auf, alle ihre Anstrengungen darauf zu richten, ihren Delegierten in die gegenwärtige Organisation des Völkerverbundes Eingang zu verschaffen, um auf diese Weise seine innere Zusammenfassung zu ändern und seine Befugnisse zu erweitern, um die Garantien zu schaffen für die Sicherheit und Ueberlebensfähigkeit aller Völker, die gleichmäßig an der Erhaltung des Friedens interessiert sind. In einem so gesicherten Friedenszustand wird das ganze Weltproletariat, befreit vom Alpdruck des Krieges und von der Gefahr der Kämpfungen, seine Anstrengungen für seine vollständige Befreiung bis zum endgültigen Siege fortsetzen können.

Aus der ungarischen Nationalversammlung.

Budapest, 3. Aug. In der Nationalversammlung erklärte der Ministerpräsident Graf Teleki, Ungarn verlange die Hilfe Europas nicht als Almosen, sondern im gemeinsamen Interesse Europas. Zur Durchführung des Friedensvertrages fordere Ungarn die Sicherung seines wirtschaftlichen Fortkommens. Wirtschaftsverhandlungen würden mit den ebenfalls feindlichen wie auch mit den neutralen und verbündeten Staaten geführt. Die Unabhängigkeit und die Macht Ungarns würden die beste Gewähr für die Milderung der Nationalitäten in der ungarischen Elemente werden in der Armee zur Arbeit ohne Waffe angehalten. Die Unzuverlässigkeit werde von der Behörde auf sachlicher Grundlage festgestellt. Wegen der Arbeiterlosigkeit sei die Regierung als hilflos gewesen. Sie erwarte ihre Mitwirkung in sozialer Arbeit und verwalte sich gegen staatsgefährliche internationale Tendenzen. Die Erklärungen des Ministerpräsidenten wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Eine Unterredung mit Tschitscherin.

Der Italiener Luciano Magrini hatte in Moskau eine Unterredung mit dem Außenminister der russischen Sowjetrepublik, über die er dem Journal de Geneve vom 1. August im Secolo berichtet. Seinen Mitteilungen über die von Tschitscherin gemachten Erklärungen politischen Inhalts schickt er einige interessante Bemerkungen über dessen Persönlichkeit und Lebensweise voraus:

Tschitscherin sei ein Fanatiker, ein Mann von strengsten politischen und moralischen Grundätzen, intrinsisch vor allem in seinen kommunistischen Auffassungen. Er gehöre

mit Trotsky dem linken Flügel der Partei an. Vor einigen Jahren habe er eine große Erschöpfung erlitten, und seinen Grundzügen treu zu bleiben. Seine Mahnungen sind sehr einfach das Gegengleich: er arbeite regelmäßig von 6 Uhr abends bis 9 Uhr morgens. Wenn man ihn um eine Unterredung bitte, so setze er sie auf 2 Uhr nachts fest.

Ueber die politische Lage äußerte sich Tschitscherin, wie folgt:

Wir wollen unsere Kräfte dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Russlands auf neuen Grundlagen widmen. Es ist nicht unsere Schuld, wenn wir zur Abwehr des polnischen Angriffes den Krieg fortsetzen müssen. Wir glauben, der Friede werde uns gelassen, im allgemeinen Interesse die Rohstoffe, die Europa braucht, bereitzustellen, aber wir können uns dieser Aufgabe solange nicht widmen, als der Krieg alle uns verbliebenen Transportmittel und unsere ganze Energie in Anspruch nimmt. Ich bin der Auffassung, daß die europäischen Staaten dadurch, daß sie Polen zum Kriege antrieben, und es mit Wasser und Munition versehen, gegen die Interessen ihrer Völker handeln.

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und England sind so groß, daß sie sich nicht verheirlichen lassen. England hat mit Kraft eine Vereinbarung zur Ueberführung eines Teiles des russischen Goldes in die englischen Banken als Pfand für die künftigen Handelsoperationen geschlossen. Frankreich widerlegte sich, England gab nach und die Verhandlungen zur Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen kamen zum Stillstand.

Was Italien anbelangt, so sehe ich keine Schwierigkeiten, die sich der Wiederaufnahme seiner Handelsbeziehungen mit Russland entgegenstellen könnten. In wenigen Tagen wird eine Abordnung der russischen Genossenschaften nach Italien abreisen. Bekanntlich sind die Genossenschaften in Russland ein Verteilungsorgan der Sowjetregierung, das den gesamten Handel mit dem Auslande regelt. Sobald die Beziehungen wieder aufgenommen sind, werden wir die in Südrußland verfügbaren Getreidemengen nach Italien schicken, da wir sie mangels Transportmittel zur Ernährung unserer Bevölkerung nicht verwenden können.

Unsere Beziehungen mit Japan scheinen sich neuerdings wieder verschlechtern zu wollen. Wir haben die Unabhängigkeit Ost Sibiriens anerkannt, das einen neutralen, freien und unabhängigen Staat in dem weiten Gebiet zwischen dem Biskajischen und dem Stillen Ozean gebildet hat. An der Spitze dieses Staates, der eine eigene Armee besitzt, steht eine zwar radikale, aber nicht sozialistische Regierung, die das Privateigentum anerkennt. Trotzdem entfendet die japanische Regierung gegen unser Recht der Neutralität Verletzungen und Verletzungen in das Gebiet dieses Staates. Vielleicht bereitet Japan einen Angriff gegen uns vor, was die Lage der Türkei aufklärt, so beschränke ich mich auf die Erklärung, daß wir mit großer Sympathie den Befreiungskampf des türkischen Volkes verfolgen.

Die Lage im Osten.

Eiserne Disziplin in der Roten Armee. Durch die Gewinnung des Eisenbahnknotenpunktes Gorka ist auch die wichtige Eisenbahnlinie, die nach Tiflis führt, für die Rückzugsbewegung der Polen abgeschnitten. Der russische Vortrieb scheint bereits westlich von Simbirsk den Bug erreicht zu haben. Alle Meldungen stimmen darin überein, daß auf bolschewistischer Seite die strengste Disziplin herrscht. Auf Diebstahl steht Todesstrafe. Den ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen, die in der Roten Armee mitkämpfen, ist es, wie ein BZ-Berichterstatter von einem Angehörigen der Roten Armee erfahren konnte, nicht verwehrt, die Grenze zu überschreiten und in ihre alte Heimat waffenlos zurückzukehren. Deutsche Freiwillige dagegen, die sich bei der Roten Armee melden, sollen nicht angenommen werden.

Der polnische Oberbefehlshaber in französischer Hand? Die Deutsche Allgemeine Zeitung gibt eine Meldung der Berlingske Tidende wieder, wonach General Sikorski den Oberbefehl der polnischen Armee an die Franzosen abgegeben habe.

Die französische Mission in Warschau. Der Temps meldet, daß die französische Regierung vom Chef der französischen Mission in Warschau ein Telegramm erhalten hat, das von Montag nachmittags datiert ist und keine Anspielung auf eine eventuelle Abreise der Mission macht.

Fremdes Reis.

Roman von E. Dressel

20

Unter diesen verschiedenartigen Eindrücken ging die erste kleine Lisa mal ein bißchen aus sich heraus und ward ihrer goldenen Jugend froh. Die mitleidende Sorge um Vater, um Sören trat ein wenig zurück vor dem Recht der Gegenwart. In dieser jungen, aber so kraftstrotzenden, warm pulsierenden Kaiserstadt freute man sich selber, daß man jung und hübsch war und mitunter konnte. Die smarten Amerikanerinnen nannten sie „a charming girl, a very nice girl indeed“, und die stille sinnige Lisa lachte vergnügt dazu. Als sie jetzt während der Mittagspause, zufällig von ihrem Fensterplatz zum Gartenhaus hinübersehend, drüben im ersten Stockwerk zwei junge Mädchen mit Frauenputz hantieren sah, ging es ihr durch den Kopf: „Da könnte ich vielleicht meine Theaterbluse bis zum Abend geändert kriegen.“

Die beiden mußten Schwestern sein. Die blonde Blonde, anscheinend die ältere, die immer am gleichen Fensterplatz zu finden war, schien Blumenmacherin zu sein, während die andere, dunkel von Haar, ihr frisches munteres Gesicht immer über Seide und Spitzen neigte, also wohl seine Puharbeit machte.

Lisa hätte nicht sagen können, weshalb sie an den Mädchen Interesse nahm. Vielleicht weil sie überhaupt gern fleißige Menschen sah. Tatsächlich hatte sie die beiden schon während des Sommers gern beobachtet, wo sie bei guter Witterung auf ihrem Balkon arbeiteten. Die blonde Blonde hatte dann einen bequemen Korbstuhl zum Sitz. Sie schien leidend und an das Haus gefesselt. Man sah sie niemals ausgehen.

Der Dunkelhaarigen war Lisa des öfteren auf der Straße begegnet. Es hatte sie in dem Gesicht des hübschen Mädchens dann etwas seltsam Bekanntes angemerkt, ohne daß sie gerade gewußt hätte, wo sie diese angenehmen Züge hinzubringen habe. Zu diesen äußerlich so verschiedenen, aber gleich fleißigen Schwestern gefiel sich zu weilen eine ältere Frau, vermutlich die Mutter. Sie trug ihnen kleine Mahlzettel zu, leistete sonstige Handreichungen, umorgte die Mädchen, wie es eben nur eine Mutter tut. Es kam aber auch vor, daß die jüngere plötzlich aufsprang, die Arbeit hinwarf und Mutter auf einen Stuhl drückte, um sie nun ihrerseits zu bedienen. Alles mit einer fröhlichen

Seigerei. Lisa waro oem munteren wabei formung gut, lediglich von ihrem Beobachtungsposten aus, und verstaunte es während der wenigen Stunden ihres Zuhauseins selten, einen Blick zu der Hinterhausidylle hinüberzuwerfen.

Diese bescheidenen Leute gingen sie im Grunde nichts an, sie würde höchstens in Toiletteangelegenheiten mit ihnen zu tun bekommen, und doch, als sie jetzt mit einer ihrer eleganten Abendblusen, an deren Ärmel sie eine Kenderung wünschte, in das Gartenhaus ging, geschah es mit merkwürdiger Spannung. Jedenfalls hatte sie ihre Standesvisiten viel gleichgültiger gemacht als diesen Gang zu den beiden fleißigen Biengen.

An der Türschwelle las Lisa den Namen Brabender. Sie stugte. Hieß nicht ähnlich der junge Modelleur, unter dessen besonderer Leitung sie arbeitete? Das heißt, sein Amt war es nicht gerade. Zu den Lehrmeistern gehörte er nicht, sondern war einer der besseren Angestellten, auf den man viel zu halten schien, da man ihm außerordentlich schwierige und schöne Sachen anvertraute. Er hatte ihr freiwillig technische Fertigkeiten erklärt, ihr manchen schätzbaren Wink gegeben, und sie hatte diese gefällige Unterweisung nicht als Aufdringlichkeit empfunden. Der geschickte junge Mensch, der sich getrost Künstler nennen durfte und durchaus den Eindruck eines Mannes von Bildung machte, hielt sich im sonstigen Umgange in den Grenzen höflicher Zurückhaltung.

Nicht von allen Mitarbeitern, mit denen sie in Berührung kam, konnte sie das sagen. Sie war manchmal Blick dreister Bewunderung, mitunter selbst Worten vertraulicher Annäherung begegnet, die ihr Feingefühl verletzten, so daß sie sich mit ihrem ganzen Mädchenstolz beherrschte, um nicht von solchen Ausdrüngen auf ihrem Wege aufgehalten zu werden.

In solchen Fällen war ihr der andere, dem ihre Annahmestellung bekannt sein mochte, oft zu Hilfe gekommen, hatte sie gewissermaßen unter seinen Schutz gestellt. Auch hierfür war sie ihm dankbar verpflichtet, denn jene ihr unangenehmen Belästigungen wurden seltener.

Vorgefellt hatte er sich nicht, solche Formalitäten waren hier überflüssig, sie hatte aber mal gehört, wie man ihn beim Namen anrief, und meinte, er habe ähnlich geklungen, wie der auf dem Schild vor ihr.

Mit verstärktem Interesse zog sie die Klingel. Die Mutter öffnete und führte sie in die Arbeitsstube der Töchter, die bei den beschränkten Raumverhältnissen

der kleineren Berliner Wohnungen zugleich das gemeinsame Wohnzimmer war.

Lisa hatte den Eindruck, hier herrschten bescheiden, aber durchaus solide Verhältnisse. Kein billiger Land, der Scheinluxus vortäuschen soll und nur unnötige Schabigheit schlecht verdeckt. Einfache, aber gut gehaltene Mahagonimöbel, tadelloser Fenstervorhang, hinter denen die vom Balkon hereingenommenen Topfgewächse jetzt spärlichen Winterblüten ansehten. An den Wänden keine abschließlichen Deliride, sondern ein paar gute Holzschnitzereien und kolorierte Steinzeichnungen von prächtiger Wirkung. Dazwischen eine größere Photographie, auf die Lisas erstannter Blick länger haften, denn es war unverkennbar das Bildnis des Modelleurs in der Manufaktur. Ob er hier zu Haus war?

„Grete, die Dame will zu dir,“ sagte Frau Brabender, und die Dunkelhaarige erhob sich mit leichter Verbeugung. Sie trug eine große weiße Schürze über dem blauen Merinosteid. Das sah nett und sauber aus. Außer einer kleinen goldenen Schließe am hohen Blusenragen hatte sie kein Schmuckstück an sich, nicht den einfachsten Ring an den fräutigen Händen, denen man es zutraute, daß sie auf mit größerer Arbeit gut fertig wurden.

Aber ihre lebhaften Augen leuchteten nur so. Schelmengaugen, die lieber lachten als weinten, die auch in einer melancholischen Stunde, die sicher nicht ausblieb, weil sie keinem Leben auf Erden erspart ist, trocken blieben.

Diese frische, fast lede Wesensart, die sich in der ganzen Erscheinung des jungen Mädchens ausprägte, erwärmte Lisa sofort.

In liebenswürdiger Weise brachte sie ihr Anliegen vor. Grete Brabender, hierdurch gewonnen, war bereit, die Änderung in der gewünschten kurzen Zeit zu machen. Ihr Vorschlag des anderweitigen Arrangements der schönen Spitzen an den zu kürzenden Ärmeln bewies ausgezeichneten Geschmack. Gewiß, diese Anordnung wäre nur ein Vorteil, die kostbare Bluse dann vollkommen le derteneri, Gerson könnte sie nicht moderner liefern.

„Dann mußt du das Ballkleid liegen lassen, wird das denn gehen?“ mischte sich die Bluse ein.

„Wird alles werden. Ich bleibe einfach die Nacht über auf.“

Fortsetzung folgt.

Bekanntmachung.

Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters (Polizei-Verwalters) haben wir eine

Städtische Preisprüfungsstelle

gebildet. Derselben obliegt die Überwachung der Preise für Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs. Unter letzteren sind solche Gegenstände zu verstehen, die nicht der Luxussteuer unterliegen. Die Mitglieder der Preisprüfungsstelle haben aus ihrer Mitte eine Kommission gebildet, die allwöchentlich einmal in Begleitung eines Polizeibeamten in verschiedenen Geschäften Stichproben über die Angemessenheit der Preise vornehmen wird. Ergeben die Feststellungen dieser Kommission einwandfrei, daß Preissteigerungen vorliegen, wird die Polizei das Strafverfahren gegen den Beschuldigten einleiten. In solchen Fällen werden sämtliche Mitglieder der Preisprüfungsstelle gehört werden.

Mitglieder der Preisprüfungsstelle sind die Herren: Franz Wendlinger, Karl Stadtmüller, Ernst Finslage, Rentmeister E. Reist, Jean Jung, A. Salmann, Dr. jur. Karl Bender, Heinrich Bechtel, Alfons Giesgruber und Fräulein Emilie Bauer.

Alle zur Kenntnis der Einwohnerschaft gelangenden Fälle von Preiswucher bitten wir entweder der Polizei oder einem der Mitglieder der Preisprüfungsstelle zu melden.

Dies, den 4. August 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Das Versorgungsamt Oberlahnstein hält am 20. August 1920, vormittags von 8 bis 10.30 Uhr in Diez, Bahnhof Jakob Diehl, Beratungskunden ab.

Dies, den 28. Juli 1920.

Die Polizeiverwaltung.

Kurtheater Bad Ems

Leitung: Hofrat Steingötter, Stellvert. Dir. Alb. Heinemann

Freitag, 6. Aug. 1920, abends 8 Uhr

Gastspiel von Mitgliedern des Stadttheaters Mainz

Der Zigeunerbaron

Operette in 3 Akten nach einer Erzählung des Maurus Jokai u. J. Schnitzer.

Musik von Joh. Strauß.

Schäfer-Gesellschaft Bad Ems.

Morgen Freitag abends 9 Uhr **Platzverweigerung** bei Gastwirt Selzer (Zum Koffhäuser), Koblenzstr. 1960

Der Vorstand.

Schade & Füllgrabe

empfehlen, solange Vorrat:

Tafelreis extra	Pfd.	5.30
Bruchreis	Pfd.	3.80
Haferflocken	Pfd.	2.20
Grünkern gem.	Pfd.	4.30
Bohnen weisse Rangoon	Pfd.	1.60
Erbsen grün mit Schale	Pfd.	2.50
Kond. Vollmilch gezuckert Dose		8.50
la Leberwurst 2-Pfd.-Dose		13.50
Schottische Matjesheringe	St.	1.10
Schmalz gar. rein	Pfd.	18.—
Kokosfett gar. rein	Pfd.	16.—
Marmelade	Pfd.	3.60
Pflaumen	Pfd.	6.—
Kakao gar. rein 1/4-Pfd.-Pak.		4.25
extrafine dunkle Ware 1/4-Pfd.-Pak.		5.00

DIEZ

Wilhelmstrasse 26

Fernruf 211.

Allgem. Ortskrankenkasse für den Unterlahnkreis.

— Hebung in Kassenbogen. —

Sonntag, den 8. August werden die Beiträge vom 1. Juli 1920 von vormittags 9—12 Uhr und nachmittags 2—4 Uhr im Hotel Bremer erhoben.

Dies, den 2. August 1920.

Der Vorstand.

Hotel Guttenberg, Bad Ems

Heute

2. Unterhaltungs-Abend

Wunderhaft
Hofglanz
gibt



Nigrin

Glänzt in einer Sekunde, da wieder reine Terpentinölware wie vor dem Kriege.

Friedensware ist mit Vandalol versehen.

Deutsche demokrat. Partei

Ortsverein Bad Ems

Samstag, 7. August 1920, abends 8 1/2 Uhr im „Rheinischen Hof“ (Eiseller)

:: Mitglieder-Versammlung ::

Tagesordnung:

1. Parteiberichte über Kreis-, Provinz- und Reichsorganisation.
2. Fraktionsberichte der Vertreter im Kreistag, Magistrat und in der Stadtverordnetenversammlung.
3. Vortrag des Herrn Studienassessors Henche, Bad Ems: „Die Entwicklung des deutschen Bauernstandes und die moderne Agrarpolitik.“
4. Mitteilungen und Anträge aus der Mitgliedschaft.

Es wird um vollständiges Erscheinen auch der Frauen gebeten.

Der Vorstand.

Deutsche Volkspartei.

Ortsgruppe Bad Ems.

Freitag, den 6. August, abends 8 1/2 Uhr im Hotel Westmayer (Ruffischer Hof)

:: Mitglieder-Versammlung ::

Vortrag des Studienrat Pflugmacher über:

Die Ziele der deutschen Bodenreform.

Mitglieder und Freunde laden herzlich ein

Der Vorstand.

Kaufe alle Sorten

Brennholz

u. erbitte Angebote mit Lieferzeit, Länge u. Zopf.

Michael Kleinmann,

Coblenz

Schlossstr. 31

Fernruf 2437

Tel.-Adr.: Holzvertrieb

Stellengesuche

Stellenangebote

setzt man am vorteilhaftesten durch ein Inserat in der Emser oder der Diezer Zeitung an.

Warum?

Weil diese Zeitungen in sämtlichen Orten des Unterlahnkraises gehalten und auch in vielen angrenzenden Orten gelesen werden. Sie bieten somit die Gewähr, daß Ihre Inserate am sichersten den gewünschten Zweck erreichen.

Wer also

Stellung sucht oder Personal braucht, kann nichts Besseres und dabei Billigeres tun, als dies durch ein Inserat in unserer Zeitung anzuzeigen.

Bonsbücher

mit 360 Bons zu haben in der Druckerei Sommer, Bad Ems.

Zu verkaufen

Ende August: Motorrad mit Seitenwagen „Garten Davidson“, 7—9 H. P. Maschine Nr. 19 T 4409. Rührlich überholt, dunkelgrün gestrichen mit schwarzer Kante u. aufgesperrt. Mäntel neu, ebenso Reservemäntel und Werkzeuge vorhanden. Preis 18000 Mk. Einsuchen nach 6 Uhr nachmittags bei Normann, Haus Rheineck, Urdar

Büffet

und Diplomatenscheibisch (Kuchenspezialität) zu kaufen gesucht. Off. unt. Z 60 an die Gsch.

Hochmod.

Damenpelzmantel

unter Br., desgleichen ein Kuchenspezialität zu verkaufen. Braubacherstr. 18, Ems.

Braver, tüchtiges

Mädchen

in Küche und Hausarbeit erfahren nach Coblenz gesucht. Näh. Braubacherstr. 11, 1951 Ems.

Viel Geld

sparen

Gewerbetreibende, Landwirte, Handwerker usw. wenn sie meine Ratsschlüsse befolgen. Kauf. Kostenl. d. Karl Chr. Stemmler, R. Balluf a. Rh. Postkarte genügt.

Gef. = B. Sänger

Bad Ems.

Genie abend

Gefangt

Vollständiges Gefangt

wartet 2er Post

Turn- 11. V.

HE

BAD EMS

Zöglinge

treten am Donnerstag

abends 1/2 8 Uhr

Schlachthofmischer

Hebungen für das

Reiner darf

Der Post

Gefangt

sucht

Bad Ems

Freitag, den 6. August

abends 8 1/2 Uhr

:: Versammlung ::

St.

: gebr. Kaffe

Pfd. Nr. 27.

St.

: roh. Kaffe

Pfd. Nr. 23

empfiehlt

Joh. Pösch, Ems

Frischer

Schellfisch

u. Cabelja

eingetroffen.

Gebr. Weidenfeld

Ems.

Limburger

eingetroffen, Pfd. 10

M. Bräutigam,

Tel. 287

Nur Apotheker

Tabakbe

verleiht feinsten

Tabak, sowie je

st. Rrom. u. W.

Zu haben: L. J.

mann (Schwabenstr.)

appel.

Eine kompl. geb.

Wassergarnit

zu kaufen gesucht.

Koblenz. 21.

Großer Phonograph

mit Schalltrichter

Platten zu verkaufen.

Geschäftsf.

Villa

mit 2 Zentralküchen

Garten zu kaufen

Gebr. Gohlf.

Regierungstr. 13

Mehrere moderne

Häuser

mit Gärten sucht

langjährige Käufer

G. Gabel, Ems

Koblenz.

Kleines Haus

für Arbeiter gegen

kaufen ges. Off. unt.

1251 an Ann. - Exp.

Heidenheim, Coblenz.

Herr sucht unmitb.

Zimmer

mit Koch- und Bad

schlaf fürs ganze Jahr

Off. unter 11. 61

Geschäftsf.

Hühneraugen

Hornhaut, Schwamm

u. Warzen beseitigt

schnell, sicher u. schmerzlos

Kukirol

100 000 fach bewährt

Preis M. 2.50.

Drogerie Roth, Ems

Kaufe Möbel

ganze Einrichtung

Hochwert.

Heinrich Janth

Coblenz, Rheinl.

Telefon Nr. 1254